

Antrag

der Abgeordneten Carolin Bachmann, Marc Bernhard, Roger Beckamp, Sebastian Münzenmaier, René Bochmann, Gereon Bollmann, Jan Wenzel Schmidt und der Fraktion der AfD

Folgen von Massenmigration, Wohnungsnot und Stadt-Land-Flucht bewältigen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Im Bereich der Binnenmigration vollzieht sich innerhalb der Bundesrepublik Deutschland seit Kurzem eine Trendwende. Es ziehen wieder mehr junge Familien und Berufseinsteiger auf das Land und kehren damit den (Groß-)Städten den Rücken. Die im Juni dieses Jahres veröffentlichte Studie „Landlust neu vermessen“ des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung stellt etwa fest: „Die neue Landlust ist in den Statistiken nachweisbar. Heute entscheiden sich mehr Menschen für ein Leben auf dem Land als vor zehn Jahren. Und vor allem: es ziehen inzwischen mehr Menschen aufs Land als von dort weg.“¹ Eine weitere Studie des Instituts für Landes- und Stadtentwicklungsforschung betrachtet speziell das Binnenwanderungsmuster von Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit. Auch sie kommt zu dem Ergebnis, dass „Wanderungsgewinne [...] in letzter Zeit vor allem die eher ländlichen Räume erzielen“ und dass „auch die sehr ländlichen Räume im Zeitabschnitt 2015 bis 2019 ein Plus bei den Wanderungsbilanzen verbuchen.“ Die Autoren schließen daraus: „Je geringer die Siedlungsdichte, desto günstiger ist die Wanderungsbilanz.“² Schließlich fanden das ifo Institut und immowelt in einer Umfrage im Mai 2021 heraus, dass „die Umfrageteilnehmenden aus urbanen Räumen im Vergleich zu den Befragten aus suburbanen und ruralen Gegenden eine signifikant höhere Bereitschaft aufweisen, ihre Wohnsituation grundlegend zu verändern.“³

Veränderungen in den Binnenwanderungsmustern haben für die siedlungsstrukturelle Entwicklung und die regionale Verteilung der Bevölkerung weitreichende Konsequenzen. Denn die Wanderungsbewegungen wirken sich mittel- bis langfristig erheblich in den Ziel- und Herkunftsregionen der Wandernden aus.⁴ Im konkreten Fall vor allem deswegen, weil der ländliche Raum bisweilen stark von einem Bevölkerungsrückgang

¹ Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung: Landlust neu vermessen, Berlin 2022, S. 5 ff.

² Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung: ILS Trends 3/2021, S. 7.

³ ifo Institut für Wirtschaftsforschung: ifo Schnelldienst 8/2021, S. 27.

⁴ vgl.: BBSR: BBSR-Analysen KOMPAKT 09/2018, S. 4.

betroffen ist.⁵ Darüber hinaus gilt eine solche „Abstimmung mit den Füßen“ als einer der treffendsten Indikatoren für eine Unzufriedenheit von Bevölkerungsgruppen mit regionalen Lebensbedingungen.⁶ Die Abwanderung von vergleichsweise jungen Einheimischen aus Großstädten ist damit von größter Relevanz, insbesondere unter dem Aspekt der zukünftigen Raumstruktur. Zu diesem Thema sind mitunter weit auseinanderliegende politische, normative und ideologische Sichtweisen zu erwarten.⁷ Die Abwanderung aus den Großstädten und die damit zusammenhängende Frage nach der künftigen Raumstruktur, bedarf daher der politischen Befassung und sachlichen Klärung.

Die Antragsteller sprechen sich dafür aus, diesen Binnenwanderungstrend auch als Chance zu begreifen. Stadtflüchtige können dazu beitragen, die Daseinsvorsorge im ländlichen Raum zu verbessern. Denn diese ist durch den Bevölkerungsrückgang vielfach schlechter als im (groß-)städtischen Raum.⁸ Beispielsweise ist die Erreichbarkeit von Hausarztpraxen und Apotheken in Landkreisen schlechter als in größeren Städten.⁹ Auch die Verkehrsinfrastruktur¹⁰ und das Breitbandnetz sind im ländlichen Raum weniger gut ausgebaut.¹¹ Verbesserungspotential gibt es zudem bei den Bildungsmöglichkeiten¹² und einer unternehmerfreundlichen Wirtschaftspolitik.¹³ Schließlich hinterließ der Bevölkerungsrückgang im ländlichen Raum einen hohen Wohnungsleerstand, der nun zu nutzen ist.¹⁴

Das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen befasst sich mit Blick auf Raumordnung und Raumentwicklung, insbesondere unter dem Aspekt des demografischen Wandels und der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse, mit dem dargestellten Sachverhalt.¹⁵ Grundlage dafür ist die Leitvorstellung der Raumordnung im Raumordnungsgesetz, wonach eine „großräumig ausgewogene [...] Ordnung mit gleichwertigen Lebensverhältnissen“ angestrebt wird.¹⁶ Dies soll grundsätzlich „gleichermaßen in Ballungsräumen wie in ländlichen Räumen, in strukturschwachen wie in strukturstarken Regionen“ geschehen „auch im Hinblick auf den Rückgang und den Zuwachs von Bevölkerung und Arbeitsplätzen.“¹⁷

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. in Zusammenarbeit mit den Ländern darauf hinzuwirken, den ländlichen Raum attraktiver für einheimische Familien und Berufseinsteiger zu machen und dabei insbesondere folgende Aspekte zu berücksichtigen:
 - a) eine verlässliche und kostengünstige digitale Infrastruktur für Wohnungen und Betriebe gleichermaßen zu gewährleisten, vor allem durch den Ausbau der Breitbandversorgung;

⁵ Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR): Raumordnungsprognose 2040. Bevölkerungsprognose: Ergebnisse und Methodik, S. 4 ff.

⁶ Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut: WSI MITTEILUNGEN 3/2022, S. 226.

⁷ vgl.: Raumordnungsbericht 2021: Wettbewerbsfähigkeit stärken, S. 130.

⁸ BBSR: Raumordnungsbericht 2017, Daseinsvorsorge sichern, S. 130.

⁹ <https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/startseite/topmeldungen/erreichbarkeit-hausaerzte.html>

¹⁰ Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI): Ländliche Räume stärken, Berlin, 2021, S. 24.

¹¹ BBSR: Raumordnungsbericht 2021, S. 132.

¹² Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung: Teilhabeatlas Deutschland, Berlin 2019, S. 25 ff.

¹³ BDI: Ländliche Räume stärken, Berlin, 2021, S. 27f.

¹⁴ Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung: Digital aufs Land, Berlin 2021, S. 60.

¹⁵ vgl.: BBSR: Raumordnungsbericht 2021. Wettbewerbsfähigkeit stärken, S. 130 f.

¹⁶ § 1 Absatz 2 ROG

¹⁷ § 2 Absatz 1 ROG

- b) eine auf die Bedürfnisse und Präferenzen von Familien und Arbeitnehmern ausgerichtete Anbindung des ländlichen Raumes an die Städte zu schaffen und dabei eine durchgehende Vernetzung aller Mobilitätsangebote und Verkehrsträger zu ermöglichen;
 - c) die Straßeninfrastruktur für den Güter-, Gewerbe- und Individualverkehr in stand zu setzen und auszubauen sowie den Investitionsstau aufzulösen;
 - d) Institutionen und Strukturen für Bildung und Ausbildung zu erhalten und gegebenenfalls zu modernisieren sowie die Digitalisierung des Schulbetriebs wo nötig zu forcieren;
 - e) den Bedarf an speziellen Berufsbildern, wie etwa Landärzten, valide festzustellen und einem etwaigen Mangel durch geeignete Maßnahmen abzuheben;
 - f) durch eine unternehmerfreundliche Wirtschaftspolitik für die Entschlackung bürokratischer Prozesse, etwa durch die Reduzierung von überbordenden Berichts-, Informations- und Nachweispflichten für Unternehmen zu sorgen, Unternehmensnachfolgen zu erleichtern sowie steuerliche Anreize für die Neuansiedlung von Unternehmen zu setzen;
 - g) gemeinsam mit den Ländern und privaten Eigentümern die leerstehenden Wohnungen marktfähig zu machen und diese gegenüber Berufseinsteigern und jungen Familien zu bewerben;
2. im Sinne der Planbarkeit der unter Nummer 1 genannten Forderungen, die Ursachen und Gründe der Abwanderung von den Großstädten in den ländlichen Raum festzustellen;
 3. im Sinne der Planbarkeit der unter Nummer 1 genannten Forderungen, das künftige Ausmaß der Abwanderung von den Großstädten in den ländlichen Raum festzustellen.

Berlin, den 16. November 2022

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

Begründung

Berufseinsteiger und junge Familien ziehen verstärkt auf das Land

Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung stellt in seiner aktuellen Studie „Landlust neu vermessen“ fest, dass noch Ende der 2000er Jahre von den Landgemeinden mit weniger als 5.000 Einwohnern nur 28 Prozent einen Wanderungsgewinn verzeichnen konnten. Im Zeitraum von 2018 bis 2020 legten die Landgemeinden hingegen zu: 63 Prozent gewannen durch Binnenwanderung.¹⁸ Es sind vor allem zwei Gruppen bei denen der ländliche Raum deutlich an Beliebtheit gewonnen hat: Die Gruppe, die es am meisten auf das Land zieht, sind die 30- bis 49-Jährigen mit ihren minderjährigen Kindern.¹⁹ Entsprechend verlieren die kreisfreien Großstädte junge Familien: im Zeitraum von 2018 bis 2020 jährlich 7,5 Personen je tausend Einwohner. Auf dünn besiedelte ländliche Kreise entfällt in dieser Altersgruppe dabei ein Gewinn von 11,5 Personen je tausend Bewohner. Einen deutlichen Trendwechsel gab es auch in der Altersgruppe der 25 bis 29-Jährigen: Im Zeitraum von 2008 bis 2010 verloren ländliche Kreise jedes Jahr rund 15 Personen je tausend Einwohner. Zehn Jahre später gewinnen insbesondere dünn besiedelte ländliche Kreise etwa fünf Personen je tausend Einwohner hinzu.²⁰

Die Ergebnisse des Berlin-Instituts werden durch das Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung bestätigt und konkretisiert. Es stellt in seiner Studie über das Binnenwanderungsverhalten fest, dass Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit zunehmend in den ländlichen Raum abwandern. In dem Zeitraum von 2015 bis 2019 verzeichnen die kreisfreien Großstädte Wanderungsverluste. Bei städtischen Kreisen ist das Binnenwanderungssaldo ausgeglichen. Ländliche Kreise mit Verdichtungsansätzen und dünn besiedelte ländliche Kreise hingegen erzielen Wanderungsgewinne.²¹

Auch ein Blick in die Zukunft, mithilfe der Umfrage des ifo Instituts und immowelt aus dem Jahr 2021, bestätigt diesen Trend: Fast 13 Prozent der Bewohner deutscher Großstädte mit mehr als 500.000 Einwohnern wollen innerhalb der kommenden zwölf Monate aus der Großstadt wegziehen. 18,5 Prozent haben einen solchen Umzug in den kommenden zwei oder fünf Jahren ins Auge gefasst und weitere 24,4 Prozent geben an, dass ein solcher Umzug grundsätzlich in Frage kommt.²²

Trotz demografischem Wandel: Binnenwanderung auf das Land gibt Daseinsvorsorge neuen Schub

Die Abwanderung von den Städten auf das Land findet vor dem Hintergrund des demografischen Wandels statt. Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung geht in seiner Raumordnungsprognose 2040 weiterhin von bleibenden Unterschieden zwischen wachsenden und schrumpfenden sowie strukturstarken und strukturschwachen Regionen und zwischen Zentren und Peripherie aus. Gemäß den zugrunde liegenden Prognosen – ausgehend von dem Basisjahr der Prognose 2017 – ist mit einer stark schrumpfenden Bevölkerung in peripher gelegenen Kreisen zu rechnen. Dies wird vor allem mit den Sterbeüberschüssen begründet, die den demografischen Wandel der deutschen Bevölkerung kennzeichnen.²³

Grundsätzlich betrachtet hat eine sinkende Bevölkerungszahl weitreichende Folgen für die Entwicklung von Gemeinden und Regionen, denn sie erschwert den Erhalt und die Stärkung der dortigen Wettbewerbsfähigkeit. Die Bewohner tragen mit ihrem Konsum zur Wertschöpfung bei und lasten Einrichtungen der Daseinsvorsorge aus. Wird diese Nachfrage geringer, droht der Verlust von Infrastruktur, worunter die Wohnortqualität leidet. Eine schlechte Wohnortqualität führt wiederum zu einer verstärkten Abwanderung.²⁴ Die Wechselwirkung zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung und dem demografischen Wandel lässt sich mit den Worten des BBSR wie folgt zusammenfassen: „Weniger Bevölkerung, weniger Wachstum, weniger Steuern, weniger finanzielle Handlungsmöglichkeiten der öffentlichen Hand.“²⁵

Auch das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung berücksichtigt den demografischen Wandel und weist

¹⁸ Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung: Landlust neu vermessen, Berlin 2022, S. 8.

¹⁹ https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/11/PD21_506_63.html

²⁰ Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung: Landlust neu vermessen, Berlin 2022, S. 14 f.

²¹ Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung: ILS Trends 3/2021, S. 5 ff.

²² ifo Institut für Wirtschaftsforschung: ifo Schnelldienst 8/2021, S.27 f.

²³ BBSR: Raumordnungsprognose 2040, Ergebnisse und Methodik, Bonn 2021, S. 2 ff.

²⁴ Ebd., S. 7.

²⁵ BBSR: Raumordnungsbericht 2017, Daseinsvorsorge sichern, Bonn 2017, S. 7.

auf die Schrumpfung von Gemeinden, trotz Wanderungsgewinnen hin.²⁶ Jedoch stellt das Institut auch fest, dass vor allem seit 2017 auch immer weniger Menschen aus den Dörfern und Kleinstädten wegziehen. Ebenfalls ab dem Jahr 2017 haben kleine Gemeinden beim Wanderungsverhalten deutlich an Attraktivität gewonnen. Das Berlin-Institut rät daher den Gemeinden – unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung – sich für den Zuzug aus den Großstädten und Ballungsräumen attraktiv zu machen.²⁷

Die Antragsteller schließen sich dem an. Denn gerade der Rückgang der deutschen Bevölkerung und die damit einhergehenden Probleme bei der Wettbewerbsfähigkeit und der Daseinsvorsorge machen eine Zuwanderung von jungen Deutschen auf das Land, für das Land, umso gewinnbringender. Daher gilt es die jüngste Trendwende beim Zuzug junger einheimischer Familien und Berufseinsteiger zu nutzen: Familien und Berufseinsteigern muss im ländlichen Raum eine Daseinsvorsorge zugesichert werden, um dadurch auch die ländlichen Gemeinden selbst zu revitalisieren.

Stärkung des ländlichen Raumes

Die Corona-Pandemie hat gezeigt wie wichtig eine digitale Vernetzung mit hohen Datenübertragungsraten ist, um so vielen Erwerbstätigen wie möglich das Arbeiten von zu Hause zu ermöglichen.²⁸ Die Bereitstellung einer ausreichend leistungsfähigen digitalen Infrastruktur ist darüber hinaus für den Erfolg von Unternehmen wichtig. Der Breitbandausbau verläuft jedoch nach wie vor schleppend. Insbesondere die Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Räumen bleiben groß. Beispielsweise sind in ländlichen Regionen nur rund 66 Prozent der Haushalte mit mindestens 100 Mbit/s versorgt und bei den Gewerbestandorten sind es nur rund 56 Prozent. In Ballungsgebieten sind wiederum Übertragungen von 1000 Mbit/s deutlich weiter verbreiteten, als auf dem Land mit etwa 20 Prozent.²⁹

Von großer Bedeutung ist zudem das Verkehrsnetz, insbesondere in wirtschaftlicher Hinsicht. Da etwa mittelständische Unternehmen oft in grenzüberschreitenden Wertschöpfungsverbänden agieren, die Zulieferbeziehungen komplexer werden, die Zahl der Produktionsorte steigt und die Arbeitsteilung zunimmt, muss die Verkehrsinfrastruktur effizient funktionieren. Tatsächlich beeinträchtigen Infrastrukturmängel im Straßenverkehr die Geschäftstätigkeit, was 72 Prozent von rund 2600 befragten Unternehmen auch bemängeln. Zudem dauert es im ländlichen Raum bis zur nächsten Autobahnauffahrt gut dreimal so lange wie in städtischen Regionen, was insbesondere auch Fachkräfte und Berufseinsteiger abschreckt, die zumeist auf eine gute Anbindungen an größere Städte achten.³⁰ Gleichwohl werden 70 Prozent der Wegstrecke im ländlichen Raum mit dem Auto zurückgelegt.³¹

Diese klare Präferenz muss auch in den Mobilitätskonzepten der Zukunft abgebildet werden, welche das primäre Ziel haben müssen, den Komfort und die Lebensqualität in den ländlichen Regionen zu erhöhen.

Wenn sich junge Familien auf die Suche nach einem neuen Zuhause begeben, spielen die Bildungsmöglichkeiten vor Ort eine große Rolle. Jedoch ist von den Kindergärten³² bis zu den Gymnasien und Hochschulen eine Verlagerung in die Zentren erkennbar, die vor allem mit weiteren Wegen und längeren Anfahrtszeiten verbunden ist.³³ Um den Stadtflüchtigen eine Perspektive zu bieten, aber auch um einer Abwanderung in die Städte vorzubeugen, müssen Bildungseinrichtungen flächendeckend und wohnortnah zur Verfügung stehen. Wenn sich das Bildungssystem zudem an der lokalen Wirtschaftsstruktur orientiert, fördert das eine innovative und zukunftsorientierte Gestaltung der Region. Vor allem der Mittelstand spielt dabei eine große Rolle. Für diesen wesentlich ist die Stärkung des Ausbildungsberufs und des Handwerks. Darüber hinaus erlaubt es der Verbleib von (Fach-)Hochschulen in ländlichen Gebieten den Unternehmen, Studierende frühzeitig anzusprechen und so vor Ort zu halten.³⁴

Ebenso wie Bildungsangebote muss die Gesundheitsversorgung flächendeckend und wohnortnah angeboten werden. Jedoch ist der Trend in ländlichen Regionen genau gegenläufig. So werden bis zum Jahr 2030 rund 50

²⁶ Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung: Landlust neu vermessen, Berlin 2022, S. 10.

²⁷ Ebd., S 21 ff.

²⁸ BBSR: Raumordnungsbericht 2021. Wettbewerbsfähigkeit stärken, S. 132.

²⁹ BDI: Ländliche Räume stärken, Berlin, 2021, S. 21 f f.

³⁰ Ebd., S. 24.

³¹ Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft: Bundesprogramm Ländliche Entwicklung, Berlin 2019, S. 5.

³² Thünen Institut: Thünen Working Paper 117, Braunschweig 2019, S. 29 f.

³³ Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung: Teilhabeatlas Deutschland, Berlin 2019, S. 27.

³⁴ BDI: Ländliche Räume stärken, Berlin, 2021, S. 25.

Prozent der Allgemeinmediziner in den Ruhestand gehen. Bis zum Jahr 2035 werden in ganz Deutschland rund 11.000 Hausärzte fehlen, wobei die Nachbesetzung auf dem Land besonders schwierig wird. Bei der medizinischen Versorgung in ländlichen Räumen kommt erschwerend hinzu, dass die Wege zu Ärzten sowie zu den Apotheken³⁵ in der Regel deutlich länger als in Großstädten sind.³⁶

Weiter ist die Forcierung einer unternehmerfreundlichen Wirtschaftspolitik, etwa durch eine Beschleunigung bürokratischer Prozesse, angezeigt. Eine übermäßige Bürokratisierung hemmt Innovationen, verzögert und verteuert Abläufe und demotiviert alle Beteiligten. Ländliche Regionen können durch eine entschlackte Verwaltung schnell und unkompliziert Entscheidungen umsetzen. Überbordende Regularien von Bundesebene sollten dem nicht entgegenstehen. Etwa belasten Berichts-, Informations- und Nachweispflichten, die immer häufiger strafbewehrt sind, das Unternehmertum.³⁷ Hier muss subsidiär und pragmatisch an Lösungen vor Ort gearbeitet werden. Zudem muss die Unternehmensnachfolge erleichtert werden, etwa indem die Erbschaftsteuer praxisnah geändert und die Wegzugsbesteuerung reformiert wird.³⁸ Darüber hinaus können strukturschwache Regionen bevorzugte Standorte für die Neuansiedlung von Unternehmen sein, wozu steuerliche Anreize beitragen würden.³⁹

Ein besonderes Augenmerk ist auf den vielfach vorhandenen Leerstand zu richten. Er beläuft sich schätzungsweise auf etwa 1,6 Millionen Wohnungen, wovon etwa 600.000 markttaktiv sind.⁴⁰ In den ländlichen Regionen im Osten Deutschlands stehen aufgrund der vormaligen Abwanderung aus diesem Gebiet besonders viele und noch dazu oft historische große Gebäude leer. Sie sind meist günstig zu erwerben. Teilweise handelt es sich auch um verlassene Bahnhöfe oder aufgegebene Gasthöfe. Gerade diese locken Stadtflüchtige an, die auf der Suche sind, ihre kreativen Ideen umzusetzen. Durch eine bewusste Vermittlung des Leerstandes von Gemeinden an Berufseinsteiger und junge Familien können so nicht nur neue Einwohner gewonnen, sondern auch weitere Konsummöglichkeiten und Dienstleistungen angeboten werden.⁴¹

Die Gründe der Stadtflucht sind entscheidend für die raumpolitische Planung

Aufgrund der tiefgreifenden Auswirkung demografischer Veränderungen auf Siedlungsstrukturen, insbesondere weil diese Auswirkungen langfristig sind sowie weite Bereiche des Alltags der Bevölkerung betreffen, sind die Ursachen und Gründe für die Stadtflucht der einheimischen Bevölkerung von großer Bedeutung. Nur wenn Ursachen und Gründe der Binnenwanderung bekannt sind, ist es möglich das Ausmaß, das diese Binnenwanderung künftig annehmen kann, abzuschätzen. Das Ausmaß der künftigen Binnenwanderung ist wiederum entscheidend für die weitere raumpolitische Planung.

Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist die Corona-Pandemie, die von sämtlichen Studien einhellig als Beschleuniger des Binnenwanderungstrends betrachtet wird: so etwa das Berlin-Institut,⁴² das Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung⁴³ und die Umfrage des Ifo Instituts und immowelt⁴⁴. Das BBSR geht hierbei von einer Beschleunigung des ökonomischen Strukturwandels durch die Pandemie aus. Die Beschleunigung der ökonomischen Transformation ziehe wiederum die räumliche Arbeitsteilung vor.⁴⁵ Die Corona-Pandemie und die diese begleitenden Maßnahmen können daher, im Hinblick auf Ursachen und Gründe, mit dem Binnenwanderungstrend in Verbindung gebracht werden.

Eine zentrale Rolle spielen auf jeden Fall die gestiegenen Wohnkosten. Auf Nachfrage ist die Bundesregierung der Auffassung, dass steigende Wohnkosten in den Großstädten ein wichtiger Treiber der Binnenmigration von Familien ins Umland sind.⁴⁶ Auch nach der Ansicht des Berlin-Instituts sind das knappe Wohnungsangebot und

³⁵ <https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/startseite/topmeldungen/erreichbarkeit-hausaerzte.html>

³⁶ BDI: Ländliche Räume stärken, Berlin, 2021, S. 30.

³⁷ <https://bdi.eu/themenfelder/mittelstand-und-familienunternehmen/buerokratieabbau/#/artikel/news/buerokratieabbau-bleibt-schluesselform-fuer-die-deutsche-industrie/>

³⁸ BDI: Ländliche Räume stärken, Berlin, 2021, S. 27 f.

³⁹ BBSR: Raumordnungsbericht 2021. Wettbewerbsfähigkeit stärken, S. 131.

⁴⁰ Empirica: Wohnungsmarktprognose 2022/23, empirica-Paper Nr. 263, Berlin 2022, S. 1.

⁴¹ Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung: Digital aufs Land, Berlin 2021, S. 44, 60.

⁴² Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung: Landlust neu vermessen, Berlin 2022, S. 6.

⁴³ Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung: ILS Trends 3/2021, S. 6.

⁴⁴ ifo Institut für Wirtschaftsforschung: ifo Schnelldienst 8/2021, S. 31.

⁴⁵ BBSR: Raumordnungsbericht 2021. Wettbewerbsfähigkeit stärken, S. 6.

⁴⁶ Bundestagsdrucksache 20/3097, Schriftliche Frage 45.

die steigenden Immobilienpreise in den Großstädten ausschlaggebend.⁴⁷ Tatsächlich sind alleine im Zeitraum zwischen 2016 und 2021 die Mieten in den Metropolen Berlin (+ 42 Prozent), München (+ 24 Prozent) oder Stuttgart (+ 27 Prozent) deutlich gestiegen.⁴⁸ Zudem gibt es in der Stadt eine deutlich größere Überbelegung als auf dem Land. Im Jahr 2020 wohnte dort jede siebte Person (15 Prozent) in einer überbelegten Wohnung. Auf dem Land waren es hingegen lediglich 5,8 Prozent.⁴⁹

Eine Ursache der gestiegenen Wohnkosten in den Städten hängt nach Ansicht der Antragsteller mit der massiven Zuwanderung aus dem Ausland zusammen, die sich in den Großstädten und Ballungsräumen konzentriert.⁵⁰ Eine Studie des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge zur „Binnenmobilität von Geflüchteten mit Schutzstatus in Deutschland“, die im März 2022 erschien, belegt ein entsprechendes Wanderungsverhalten: Sobald bei Flüchtlingen mit Schutzstatus die gesetzlich regulierte Wohnortwahl entfällt, führt das zu einer Binnenwanderung dieser Gruppe in die Ballungsräume.⁵¹

So haben ausschließlich kreisfreie Städte in westlichen Bundesländern den höchsten Anteil an Zuzügen (Mannheim, Ingolstadt, Herne, Offenbach am Main, Würzburg, Passau, Aschaffenburg, Hagen, Hof und Duisburg). Unter den zehn Kreisen mit der geringsten Anzahl an Zuzügen befinden sich hingegen nur Landkreise: Mit Ausnahme des Landkreises Kusel, in Rheinland Pfalz, handelt es sich ausschließlich um Landkreise aus den östlichen Bundesländern.⁵² Entsprechend zeigt sich bei der räumlichen Verteilung dieser Personengruppe eine Ballung vor allem in nord- und westdeutschen Metropolregionen (Rhein-Ruhr, Frankfurt, Hannover, Bremen und Hamburg) sowie in Großstädten (hier wiederum auch einschließlich der ostdeutschen Großstädte wie Halle, Leipzig und Chemnitz). Die Kreise mit der höchsten Anzahl an Flüchtlingen mit Schutzstatus je tausend Einwohner finden sich in den fünf kreisfreien Städten Salzgitter, Hof, Schweinfurt, Bremerhaven und Flensburg. Die fünf Kreise mit der geringsten Anzahl der Flüchtlinge mit Schutzstatus je tausend Einwohner finden sich im Osten Deutschlands, nämlich im Saale-Holzland-Kreis, im Erzgebirgskreis sowie den Landkreisen Bautzen, Märkisch-Oderland und Hildburghausen.⁵³

Betrachtet man die Wanderungsbewegung der einheimischen Bevölkerung Deutschlands im Vergleich zu derjenigen von Flüchtlingen mit Schutzstatus wird eine gegenläufige Tendenz erkennbar: junge Familien und Berufseinsteiger wandern verstärkt aus den (Groß-)Städten in ländliche Regionen ab. Flüchtlinge mit Schutzstatus wandern hingegen zunehmend in die (Groß-)Städte ein.

Die Studie aus dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge unterstreicht neben der Stadt-Land-Differenz noch einen weiteren Unterschied im Wanderungsverhalten von einheimischer Bevölkerung und Flüchtlingen mit Schutzstatus. Denn auch im Hinblick auf die großen Regionen Deutschlands finden unterschiedliche Wanderungsbewegungen statt. So ist „die Binnenwanderungen der in Deutschland lebenden Bevölkerung seit dem Jahr 2017 gekennzeichnet [...] von einer Abwanderung in östliche und südliche Flächenländer und damit in die entgegengesetzte Wanderungsrichtung als die von Geflüchteten mit Schutzstatus [...] die eher in nordwestliche Flächenländer ziehen.“⁵⁴

Der Zusammenhang zwischen der Zuwanderung aus dem Ausland mit anschließender Binnenwanderung und das Binnenwanderungsverhalten der einheimischen Bevölkerung, mithin den Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, ist nach Ansicht der Antragsteller evident. Insbesondere die Wohnkostensteigerung in Großstädten und Ballungsräumen, die auch durch die Massenzuwanderung verursacht wird, ist nach Auffassung der Antragsteller hier maßgeblich. Mit Blick auf die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Ballungsräumen und in ländlichen Räumen, vor dem Hintergrund der künftigen Raumstruktur und Raumplanung, müssen die Fragen nach den Ursachen und Gründen sowie dem Ausmaß dieser Stadtflucht möglichst vollständig beantwortet werden.

⁴⁷ Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung: Landlust neu vermessen, Berlin 2022, S. 6.

⁴⁸ <https://ratgeber.immowelt.de/a/stadtflucht.html>

⁴⁹ https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/11/PD21_506_63.html

⁵⁰ Vgl.: Pestel Institut: Bezahlbarer Wohnraum 2022, Hannover 2022, S. V f.

⁵¹ Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Binnenmobilität von Geflüchteten mit Schutzstatus in Deutschland, Forschungsbericht 39, Nürnberg 2022, S. 5 f.

⁵² Ebd., S. 33.

⁵³ Ebd., S. 17f.

⁵⁴ Ebd., S. 35.

